Deutscher Bundestag **Drucksache 16/265**

16. Wahlperiode 14. 12. 2005

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Angelika Brunkhorst, Michael Kauch, Horst Meierhofer, Gudrun Kopp, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Warnungen vor Stromausfall durch Windkraft

In einem Pressegespräch mit der Zeitung „Volksstimme“ hat der technische Geschäftsführer der „Städtischen Werke Magdeburg“, Johannes Kempmann, davor gewarnt, dass der ungehemmte Ausbau der Windenergie in Sachsen-Anhalt katastrophale Folgen für ganz Deutschland haben könnte. Johannes Kempmann führte aus, er halte einen mehrtägigen Zusammenbruch des Stromnetzes in Deutschland für möglich, hervorgerufen durch den hohen Anteil von Windenergieeinspeisungen in Sachsen-Anhalt. Das Stromnetz stoße schon jetzt „… an Grenzen, die mir schlaflose Nächte bereiten …“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Dezember 2005, S. 1).

Die Zeitung zitiert den Experten weiter mit der Aussage, dass eine Wetterlage, wie sie Ende November 2005 zum Zusammenbruch der Stromversorgung im Münsterland geführt habe – ein Leitungsbruch bei starkem Wind –, in der Altmark die gleichen Folgen für ganz Deutschland haben würde. Ein solches Szenario war in der im Frühjahr veröffentlichten Netzstudie der Deutschen Energie-Agentur (dena) beschrieben worden. Bei einem plötzlich auftretenden Spannungsabfall in windstarken Situationen hätte es bereits 2003 zu großflächigen kritischen Netzzuständen kommen können, heißt es dort. Die Gefahr gehe von Windkraftanlagen aus, die vor 2003 errichtet wurden. Diese seien mit einem Mechanismus ausgestattet, der ihre automatische Abschaltung bei einem plötzlichen Spannungsabfall einleite.

Eine solche Gefahr bestehe besonders in der Altmark, wo seit Jahren ein besonders stürmischer Ausbau der Windenergienutzung zu beobachten sei. Im laufenden Jahr würden dort fast 41 Prozent des regional verbrauchten Stroms mit Windkraft erzeugt. 2006 werde der Anteil auf 55 Prozent steigen. Der Bruch einer Hochspannungsleitung in der Altmark bei starkem Wind würde zur Sofortabschaltung Hunderter von Windrädern führen. Ein solcher plötzlicher Ausfall von eingespeister Energie könne weiträumige Folgen haben, wenn die

vorgehaltene Regelleistung für einen Ausgleich nicht ausreiche. Im ungünstigsten Fall könne ganz Deutschland betroffen sein. Dem Zeitungsbericht zufolge bestätigte ein Sprecher von E.ON-Netz unterdessen, dass sich die Zunahme räumlich konzentrierter Windkraftanlagen langfristig destabilisierend auf das Netz auswirke.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung zutreffend, dass ein regional hoher Anteil ins Netz eingespeister Windenergie zu der beschriebenen weiträumigen Gefährdung der Stabilität des Stromnetzes und somit der Versorgungssicherheit in Deutschland führen kann?
2. Wenn ja, seit wann ist der Bundesregierung dieser Sachverhalt bekannt und welche Schlussfolgerungen leitet sie daraus ab?
3. Wenn nein, wie stellen sich die betreffenden Sachverhalte stattdessen dar, und wie sind diese zu bewerten?
4. Wie bewertet die Bundesregierung die Anregung des technischen Geschäftsführers der Städtischen Werke Magdeburg, die Geschwindigkeit des Zubaus der in das Stromnetz eingespeisten Windenergie mit Rücksicht auf die beschriebenen Schwierigkeiten zu reduzieren, um die Stabilität des Stromnetzes und die Versorgungssicherheit nicht noch weiter zu gefährden?
5. Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass das Stromnetz in Regionen, in denen Windenergie in erheblichem Umfang eingespeist wird, stark ausgebaut werden muss, um den in diesen Regionen nicht benötigten Windstrom abzutransportieren?
6. Wie bewertet die Bundesregierung die in dem eingangs zitierten Pressegespräch vorgetragene Einschätzung des technischen Geschäftsführers der Städtischen Werke Magdeburg, dass das Stromnetz in den betreffenden Regionen einen Funktionswandel vom „Versorgungsnetz“ zu einem „Entsorgungsnetz“ zu vollziehen habe?
7. Wie hoch sind die aus diesem Grunde zusätzlich anfallenden Kosten für den Netzausbau und die möglichen Auswirkungen auf den Strompreis in den nächsten zehn Jahren?
8. Betrifft das eingangs sowie in der dena-Netzstudie beschriebene Problem nach Kenntnis der Bundesregierung ausschließlich Windkraftanlagen, die vor 2003 errichtet wurden?
9. Wenn ja, wie hoch ist der Anteil derartiger Windkraftanlagen am Gesamtbestand, könnte das Problem im Rahmen einer technischen Modernisierung der Anlagen behoben werden und wie hoch wären die dadurch absehbar zusätzlich entstehenden Kosten?
10. Betrifft das eingangs sowie in der dena-Netzstudie beschriebene Problem nach Kenntnis der Bundesregierung ausschließlich landgestützte Windenergieanlagen oder sind die beschriebenen Schwierigkeiten auch bei einer zunehmenden Netzintegration von Windenergieanlagen auf See zu erwarten?
11. Trifft es zu, dass das eingangs sowie in der dena-Netzstudie beschriebene Problem sich durch den geplanten Ausbau der Netzintegration von Windenergieanlagen auf See noch weiter verschärfen wird?

12. Wenn nein, weshalb nicht, und wenn ja, sieht die Bundesregierung dieses Problem im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD berücksichtigt, in dem vereinbart wurde, den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung und am Gesamtenergieverbrauch noch erheblich zu steigern und sich dabei insbesondere auf die Windstromerzeugung auf See zu konzentrieren, und welche Schlüsse zieht sie daraus?

13. Ist der Bundesregierung bekannt, ob und ggf. welche anderen Länder vergleichbare Probleme hinsichtlich der Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie zu gewärtigen haben, und welche Konsequenzen hat dies für die dort angestrebte Zusammensetzung des so genannten Energiemixes?

Berlin, den 13. Dezember 2005

Angelika Brunkhorst
Michael Kauch
Horst Meierhofer
Gudrun Kopp
Christian Ahrendt
Uwe Barth
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Patrick Döring
Jörg van Essen
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich (Bayreuth)
Dr. Edmund Peter Geisen
Hans-Michael Goldmann
Miriam Gruß
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Haustein
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Hellmut Königshaus
Dr. Heinrich L. Kolb
Jürgen Koppelin
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Patrick Meinhardt
Jan Mücke
Burkhardt Müller-Sönksen
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Jörg Rohde
Frank Schäffler
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Martin Zeil
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333